

Spannungen im Weltkirchenrat

Zur Tagung des Zentralausschusses des ÖRK

Die diesjährige Tagung des Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen vom 1. bis 11. Januar in Kingston (Jamaica) (vgl. HK, Februar 1979) markierte nicht bloß chronologisch die Halbzeit zwischen den beiden Vollversammlungen in Nairobi (1975) und Vancouver (1983), sondern von ihr wurden sowohl in den Mitgliedskirchen wie in einer breiteren Öffentlichkeit wichtige Aufschlüsse und Klärungen über den Weg des ÖRK in den kommenden Jahren erwartet. Die unleugbaren Spannungen und Krisenerscheinungen im Weltrat zeigten sich im Vorfeld der Tagung vor allem an der durch einige Mitgliedskirchen ausgelösten Diskussion über die Vergabe von Mitteln aus dem Sonderfonds des Antirassismus-Programms an die Patriotische Front im Jahr 1977. So hatte der Rat der EKD am 6. November 1978 in einem Memorandum festgestellt: „Wir meinen, daß der ÖRK durch die Vergabepaxis des Sonderfonds seines Programms zur Bekämpfung des Rassismus jene Grenze überschritten hat, bis zu der er im Namen aller seiner Mitgliedskirchen handeln kann.“

Auch der Schweizerische Evangelische Kirchenbund hatte in einem Offenen Brief Bedenken in dieser Richtung geäußert und die Lutherische Kirche von Elsaß-Lothringen hatte im November eine z. T. kritische Stellungnahme zur Vergabepaxis des Antirassismus-Programms vorgelegt. Deutlichstes Zeichen der Distanzierung zwar nicht vom gesamten 1969 beschlossenen Antirassismus-Programm, wohl aber von der gegenwärtigen Praxis seiner Anwendung und der damit verbundenen politischen Option war die Suspendierung der Mitgliedschaft durch drei Mitgliedskirchen, darunter aus dem Bereich der EKD die Lutherische Landeskirche von Schaumburg-Lippe. Die Württembergische Landeskirche hatte einen solchen Schritt erwogen.

Als weiterer kritischer Punkt hatte sich die Absicht des Exekutivausschusses erwiesen, in Berufung auf eine Regelung, nach der kein Mitglied des Genfer Stabes länger als neun Jahre beschäftigt werden sollte, den Vertrag von *Lukas Vischer*, des langjährigen Direktors von Faith and Order, nicht weiter zu verlängern. Von verschiedener Seite wurde die Befürchtung geäußert, daß mit dieser Personalentscheidung schwerwiegende Folgen für das theologische Profil des Weltrates verbunden sein könnten. Beide genannten Punkte sind Symptome von tieferliegenden Schwierigkeiten, denen sich der ÖRK gegenwärtig konfrontiert sieht. Sie betreffen das Verhältnis der Zentrale zu den einzelnen Mitgliedskirchen und eine zunehmende Po-

larisierung zwischen westeuropäischen Kirchen und Kirchen aus der Dritten Welt.

Dreißig Jahre nach der Gründung an einem Wendepunkt

Schon *die Wahl des Tagungsortes* war dazu angetan, den Delegierten die ungelösten Fragen der Unterentwicklung drastisch vor Augen zu führen. Die 134 Mitglieder des Zentralausschusses (darunter 6 Vertreter aus der Bundesrepublik) trafen sich auf Jamaica, dem nach spanischer und englischer Kolonialvergangenheit seit 1962 unabhängigen Inselstaat in der Karibik, der auch die Heimat von Generalsekretär *Philip Potter* ist. An die Delegierten, die 295 Kirchen vertreten (neu in den ÖRK aufgenommen wurden die Evangelische Merkane-Yesu-Kirche in Äthiopien und die Evangelisch-christliche Kirche in Halmahera aus Indonesien), richtete der Premierminister von Jamaica, *Michael Manley*, ein mit großem Beifall aufgenommenes Grußwort. Er wies auf dem Hintergrund der Entwicklungsprobleme seines Landes auf die Notwendigkeit einer *neuen Weltwirtschaftsordnung* hin und ging auch auf die Frage nach dem bewaffneten Kampf in der Dritten Welt ein: „All denen, die verständliche Skrupel gegen den bewaffneten Kampf in der Dritten Welt haben, möchte ich nur sagen: Seht zu, daß jene, die an den Schalthebeln der wirtschaftlichen Macht sitzen, ihre Macht dazu verwenden, auf friedlichem Weg Gerechtigkeit herzustellen, und es wird kein einziger Schuß abgefeuert werden müssen.“ Einen anderen Akzent zur Eröffnung setzte die Botschaft, die Patriarch Pimen von Moskau an den Zentralausschuß gerichtet hatte. Der Text macht deutlich, daß sich die Orthodoxie im Weltrat noch nicht ausreichend berücksichtigt und integriert sieht. Der Patriarch schlägt vor, daß die Satzungen des ÖRK eine stärkere Vertretung der orthodoxen Kirchen in allen Organen und im Stab des Weltrates sicherstellen sollten. Außerdem sollte überall da, wo im Weltrat Lehrfragen erörtert werden, die orthodoxe Theologie in ausreichendem Maße mitbeteiligt sein. Auch die Information anderer Kirchen über die Eigenart der Orthodoxie könnte verbessert werden. Andererseits drückt der Brief Pimens die volle Unterstützung für die Programme des ÖRK zur Abrüstung, zur Bekämpfung des Rassismus und für eine neue Weltwirtschaftsordnung aus.

Programmatische Vorgaben für die Arbeit der Tagung lie-

ferten die Berichte des Generalsekretärs Potter und des Vorsitzenden des Zentralausschusses, Erzbischof *Edward Scott* von der Anglikanischen Kirche in Kanada.

Potter stellte fest, der ÖRK befinde sich dreißig Jahre nach seiner Gründung an einem *Wendepunkt*. „Der Erfolg des ÖRK und seine rasche Ausbreitung haben schwerwiegende Probleme entstehen lassen.“ Nicht alle Kirchen hätten die rasch aufeinanderfolgenden Anstöße aufgenommen und wirklich verarbeitet. Daraus seien auch die wachsenden Spannungen mit einzelnen Mitgliedskirchen zu erklären. Er wies darauf hin, daß sich die Zielsetzung des ÖRK ausgeweitet habe: Während der Grundauftrag in den ersten zwanzig Jahren klar mit der „Forderung der Einheit der Kirche durch die Erneuerung der Kirchen in der Mission, im Dienst der Welt“ umrissen war, muß er heute lauten: „Unser Ziel ist die Einheit der Menschheit.“

Den weitaus größten Teil seines Berichts widmete der Generalsekretär der Konkretisierung dieser Zielvorstellung im Blick auf die *Kritik am Antirassismus-Programm*. Er erinnerte an die Zielsetzung dieses Programms, nämlich Hilfe zu leisten für „Organisationen von unterdrückten rassischen Gruppen oder für Organisationen, die die Opfer einer ungerechten Rassenpolitik unterstützen und deren Ziele mit den allgemeinen Zielvorstellungen des ÖRK übereinstimmen“.

Er führte den Widerstand gegen die Durchführung dieses Programms auf mangelnde Information und Kommunikation zurück und kritisierte vor allem die Medien in den westlichen Industrieländern. Der Fonds stoße auf Widerspruch, weil er die Kirchen zum konkreten Handeln zugunsten einer der am Konflikt im südlichen Afrika beteiligten Seiten zwingt. Die Vorwürfe kämen allerdings aus Ländern, die den rassistischen Regimes im südlichen Afrika auf verschiedene Weise Unterstützung gewährten. Mancherorts falle es leichter, „Institutionen und Praktiken eines rassistischen Regimes zu tolerieren... als den gewaltsamen Kampf der Unterdrückten zu verstehen“. Potter sprach sich dafür aus, einen „Beratungsprozeß“ zu beginnen, „in dem aufgezeigt werden soll, wie die Kirchen in den achtziger Jahren in den Kampf gegen den Rassismus einbezogen werden können“. Außerdem forderte er die Kirchen dazu auf, „einige Überlegungen und Standpunkte zu Fragen der politischen Ethik klar zu formulieren“. Auch Erzbischof Scott widmete einen großen Teil seines Berichts den Problemen des Antirassismus-Programms, das er wie der Generalsekretär in seinem Grundanliegen zu verdeutlichen und gegen ungerechtfertigte Angriffe zu verteidigen versuchte. Allerdings wies er darauf hin, daß in Fortsetzung des Programms jetzt „phantasievollere Methoden“ erforderlich seien, die „angesichts der Tatsache, daß wir es in den achtziger Jahren mit einer weitaus komplexeren Situation zu tun haben werden, nicht so leicht falsch interpretiert werden können“. Er versuchte, das Problem der *Spannungen zwischen den Kirchen* theologisch anzugehen, indem er ausführte, daß die Suche nach der gemeinsamen Wahrheit und damit nach einer tieferen Identität nur gelingen kann, wenn zuvor die Identität jedes einzelnen und jeder Gruppe mitsamt ihrer Sündhaftigkeit

anerkannt und bei der Suche nach neuen Erkenntnissen einbezogen wird. „Um dies zu erreichen“, fügte er hinzu, „müßten wir dahin kommen, voll und ganz das Gebot unseres Herrn zu befolgen, daß wir einander lieben, wie er uns geliebt hat. In dem Maß, wie wir dieser Liebe Ausdruck verleihen, wird der Wachstumsprozeß schöpferisch sein.“ Solche Sätze sind gewiß nicht falsch, nur ist fraglich, ob mit solchen Appellen an die Liebe als christliche Grundtugend den konkreten Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der Kirchen im Weltrat aufgeholfen werden kann.

Was das Antirassismus-Programm und den Sonderfonds anbelangte, entsprachen die im Verlauf der Beratungen erzielten Ergebnisse durchaus der von den beiden Berichten vorgezeichneten Richtung. Vor allem schwarzafrikanische Delegierte machten deutlich, daß das Programm nicht nur weiter durchgeführt, sondern sogar verstärkt werden müsse. Neben allgemeinen Resolutionen zur politischen Lage in der Republik Südafrika, Namibia und Rhodesien bestätigte der Zentralausschuß, daß „Zweck und Stoßrichtung des Antirassismus-Programms noch gültig sind“. Auch der Sonderfonds wird weiterarbeiten, wobei auf bessere Information als Gegengewicht zur negativen Propaganda besonders Wert gelegt werden soll. Allerdings konnte – nicht zuletzt auch durch die Voten der EKD-Vertreter – erreicht werden, daß der von Potter angeregte „Beratungsprozeß“ zumindest in einigen Punkten ansatzweise schon in Kingston Früchte trug. Beschlossen wurde so die von der EKD geforderte Trennung der Sonderfonds-Verwaltung vom regulären Haushalt des ÖRK. Auch die Verwaltungskosten sollen durch zweckgebundene Spenden aufgebracht werden.

Einige *Differenzierungen* gerade hinsichtlich der Unterstützung von rivalisierenden Befreiungsbewegungen wurden auch in einem Papier mit dem Titel „Hintergrundinformationen zur Lage im südlichen Afrika“ vorgenommen, das vom Stab des ÖRK dem Zentralausschuß vorgelegt wurde. Auch dieser Text kommt allerdings zu dem Schluß: „Die Bekämpfung des Rassismus ist daher eine Form der Nachfolge, die den Kirchen abverlangt wird und die in den Rahmen der Bemühungen gestellt ist, ein ‚authentisches‘ Zeugnis der Lehren Christi und ein ‚glaubwürdiges‘ Werkzeug zur Verwirklichung der Einheit der Menschheit zu werden.“

Schwierigkeiten personeller und finanzieller Art

Die im Vorfeld der Tagung umstrittene Absicht, den Vertrag von *Lukas Vischer* nicht mehr zu verlängern, war trotz einiger Vorstöße in Kingston nicht mehr umzustößen. Nach einer längeren nichtöffentlichen Aussprache, in der sich Generalsekretär Potter geweigert hatte, eine Empfehlung für die Weiterbeschäftigung von Vischer auszusprechen, wurde im Zentralausschuß mit 57 Nein-Stimmen bei 10 Enthaltungen und 47 Ja-Stimmen die Verlängerung des Vertrags mit dem Schweizer Theologen um

weitere zwei Jahre abgelehnt. Vischer muß den Weltrat demnach Ende 1979 verlassen. Nicht wenige Teilnehmer waren über die Art irritiert, in der mit diesem verdienten Theologen umgesprungen wurde. Zum Nachfolger von Vischer als Direktor der Abteilung für Glaube und Kirchenverfassung und damit auch als Verantwortlicher für die Programmeinheit „Glaube und Zeugnis“ wurde vom Zentralausschuß der bulgarische Theologe Prof. *Theodor Sabev* nominiert.

Der Generalsekretär hatte in seinem Bericht auch auf die *finanziellen Schwierigkeiten* des Weltrates hingewiesen. Obwohl die Beiträge der Mitgliedskirchen seit der Vollversammlung von Nairobi durchweg erhöht wurden, führte die starke Aufwertung des Schweizer Franken und der Sturz des US-Dollar zu einem beträchtlichen Haushaltsdefizit. So ist bei einem Haushaltsvolumen von 29,5 Mill. Sfr für 1979 ein Defizit von 4,5 Mill. Sfr zu erwarten. Der Zentralausschuß billigte einen Dreijahresplan des Finanzausschusses, der eine Kürzung des Haushalts auf 26,5 Mill. Sfr für 1980 und 23,5 Mill. Sfr für 1981 vorsieht. Die notwendigen Einsparungen werden vor allem den Personalsektor betreffen. Der Personalbestand muß in den nächsten Jahren voraussichtlich um 25 bis 30 Stabsmitglieder reduziert werden. Die Möglichkeit einer Verlegung der Zentrale weg von Genf wurde wegen der zu hohen Umzugskosten nicht weiter in Erwägung gezogen. Der finanzielle Engpaß hat allerdings zur Folge, daß bis zur Vollversammlung von 1983 keine neuen längerfristigen Projekte mehr in Angriff genommen werden können und daß laufende Programmvorhaben 1981 abgeschlossen sein sollten.

Als Ergebnis der Tagung der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung in Bangalore (Indien) vom August 1978 wurde dem Zentralausschuß der Bericht „Eine gemeinsame Rechenschaft von der Hoffnung“ vorgelegt. *S. Wesley Ariarajah*, ein Methodist aus Sri Lanka, gab dazu einen Hintergrundbericht. Er verdeutlichte die Schwierigkeiten, aus den vielen Hoffnungszeugnissen von Christen verschiedener Rassen, Länder, Kulturen und Konfessionen die eine, alle verbindende Hoffnung herauszuhören, bekannte aber auch: „Aber gerade der gemeinsame Versuch ist zu einer Quelle der Hoffnung geworden. Wir haben aufs neue die Kraft des Evangeliums entdeckt, zum gemeinsamen Zeugnis zu führen... Es sind neue Möglichkeiten der Kommunikation unter denen sichtbar geworden, die eine Hoffnung haben.“ In der Aussprache wurde die Forderung laut, aus diesem von der Basis her erarbeiteten Konsens auch Konsequenzen zu ziehen und ihn in die einzelnen Kirchen wirksam einzubringen. Den Zusammenhang von Hoffnung und Einheit thematisierte auch ein Papier mit dem Titel „Zusammenwachsen in der Einheit“, das vom französischen Dominikaner *Jean Tillard* als Mitglied der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung eingebracht wurde. Er wies deutlich auf das Problem hin, mit dem der Weltrat gegenwärtig am meisten zu kämpfen hat: „Das begeisterte Eintreten in das Weltgeschehen unter dem Banner der Hoffnung des Evangeliums

scheint das Christentum wieder einmal in neue Blöcke aufzuspalten, die sich immer weniger verstehen, obwohl sie einander weiter in Liebe begegnen und einander helfen.“

Grundlinien kommender Arbeit

Unter den Berichten und Studien, die den Delegierten vorlagen, verdient besonders der erste Bericht einer vor 18 Monaten installierten Beratergruppe zum Thema „Auf dem Weg zu einer gerechten, partizipatorischen und verantwortbaren Gesellschaft“ Beachtung, weil darin *Grundlinien für die Arbeit des Weltrates in den kommenden Jahren* sichtbar werden. Schritte auf eine neue Gesellschaft zu versuchte der Moderator der Beratergruppe, Prof. *Jose Miguez-Bonino* (einer der Präsidenten des Weltrates) in seinem Bericht vor dem Zentralausschuß zu umreißen. Auf dem Weg zu einer Gesellschaft, die jedem Menschen Gerechtigkeit widerfahren läßt, ihm volle Partizipation in allen Lebensbereichen gewährt und gleichzeitig die Lebensgrundlagen der Menschheit nicht ungehemmt ausbeutet, sondern verantwortlich bewahrt, kam dem ÖRK vor allem die Aufgabe zu, die verschiedenen Elemente des Problems zusammenzubringen und die Verflechtung von sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Faktoren aufzudecken. Der Bericht schlägt als programmatische Prioritäten für den Weltrat die Beschäftigung mit *Fragen der politischen Ethik*, vor allem der Machtstrukturen, sowie der Möglichkeiten von Partizipation und Organisation auf den verschiedenen Ebenen vor. Ein weiterer Schwerpunkt soll auf der Untersuchung der *ethischen und gesellschaftlichen Implikationen von wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen* liegen. Zu diesem Thema wird im Juli in Boston eine Studienkonferenz stattfinden. Der Weltrat wird als Konsequenz aus diesen Prioritäten dazu aufgerufen, Bewegungen zu unterstützen, die in verschiedenen Teilen der Welt für eine solche gerechte und partizipatorische Gesellschaft sich einsetzen. Es wird sich erst zeigen müssen, wie der Weltrat solchen globalen gesellschaftspolitischen Zielsetzungen gerecht werden kann. Bei den Teilnehmern aus Westeuropa dominierten offensichtlich zunächst die negativen Reaktionen auf diesen umfassenden Entwurf.

Der Zentralausschuß beschäftigte sich auch mit einem „Zwischenbericht über die Menschenrechte“ sowie mit einem Bericht der Untereinheit zu Problemen der Frauen. Schließlich wurden auch Resolutionen zur Lage von Behinderten und zum internationalen Jahr des Kindes verabschiedet. Im Zusammenhang der Frage nach der Mitarbeit junger Menschen in der Ökumenischen Bewegung wurde für das Jahr 1981 eine christliche Weltjugendkonferenz angekündigt.

In Kingston wurde auch eine wichtige Personalentscheidung getroffen: Als Nachfolger des verstorbenen russisch-orthodoxen Metropoliten *Nikodim* wurde der Patriarch der Georgischen Orthodoxen Kirche, *Illia*, zu

einem der sechs Präsidenten des Weltrates gewählt. Patriarch Illia, der seit Ende 1977 an der Spitze der Georgischen Kirche steht, war von 1968 bis 1975 Mitglied der Arbeitsgruppe Kirche und Gesellschaft beim ÖRK.

Zu vieles getan auf Kosten des Eigentlichen

„Somit stellt sich die Frage, wie wir in den kommenden Jahren als Kirchen und als Rat von Kirchen miteinander leben werden.“ Diese von Philip Potter am Ende seines Berichts aufgeworfene Frage ist nach der Tagung in Kingston keinesfalls leichter zu beantworten. Der umfassende Anspruch des Weltrates, wie er gerade in Potters Äußerungen deutlich zum Ausdruck kam, wird von der Wirklichkeit nicht gedeckt. Angesichts der Finanzkrise und der durch Kingston nicht aus der Welt geschafften Spannungen zwischen dem ÖRK und einzelnen Mitgliedskirchen scheint es fraglich, ob die anspruchsvolle neue Zielvorstellung, zur Einheit der Menschheit beizutragen, die weitere Arbeit wirklich entsprechend motivie-

ren und zusammenfassen kann. Es gibt kaum ein anspruchsvolles und weltweit relevantes Thema der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, dem sich der ÖRK in den letzten Jahren nicht zugewandt hat. Dabei besteht sicher die Gefahr, daß durch den Anspruch auf umfassende Kompetenz spezifische Aufgaben des Weltrates in den Hintergrund rücken.

Wenn auch in Jamaica die Diskussion um das Antirassismus-Programm im Vordergrund stand, wird es in den nächsten Jahren darauf ankommen, daß das Gespräch der Mitgliedskirchen mit dem ÖRK angesichts der tiefreichenden Krisenerscheinungen möglichst grundsätzlich geführt wird. Nur durch einen produktiven Austausch kann verhindert werden, daß aus dem ÖRK ein Apparat wird, der ohne größere Resonanz weiterläuft, ohne der notwendigen Vermittlung von Einheit und Pluralität des Christentums angesichts der gegenwärtigen Weltprobleme wirklich zu dienen. Auch für die Zukunft der Beziehungen zwischen ÖRK und katholischer Kirche wird viel davon abhängen, ob in den nächsten Jahren ein Weg aus der Krise des ÖRK erkennbar sein wird.

Ulrich Ruh

Länderbericht

Zwischen Druck und Widerstand

Zur Lage der Kirche und der Christen in der ČSSR

Die ergebnislosen Gespräche des Sondernuntius im Rat für öffentliche Angelegenheiten der Kirche, Erzbischof *Luigi-Poggi*, in Prag im April des vergangenen Jahres wurden bis jetzt nicht wieder aufgenommen, auch nicht durch Sondierungsgespräche eines Beamten der Kurie, der 1978 sich zweimal bei einer recht großen Anzahl von Geistlichen im Lande selbst umsehen konnte. Die Prager Regierung scheint an einer Wiederaufnahme der Gespräche derzeit kein Interesse zu haben. Der offenkundige Mißerfolg der Gespräche im Frühjahr und die abgelehnten Sondierungsgespräche im Herbst scheinen in der Kurie zu einer Haltung des Abwartens geführt zu haben. Das scheinbar Paradoxe dabei ist, daß in der ČSSR nicht nur der weitaus größte Teil des Klerus darüber befriedigt ist; selbst aus der Spitze der Priestervereinigung „*Pacem in terris*“ wurden zustimmende Stimmen laut. Auch aus dem Führungskreis der Vereinigung waren Stimmen zu hören, die ausdrücklich eine härtere Gangart des Heiligen Stuhls in den Verhandlungen mit Prag fordern. In Rom war aber auch am Ende des abgelaufenen Jahres eine gewisse Unsicherheit, ja Ratlosigkeit nicht geschwunden. Jetzt wartet

man, so scheint es, auf eine Anregung zu einer neuen Gesprächsrunde. Dem Vernehmen nach hat der Papst Kardinal *Tomášek* für März zu Gesprächen nach Rom gebeten. Es wird angenommen, daß dieser Wunsch im Zusammenhang mit der Suche nach weiteren Hilfsmöglichkeiten für die Kirche in der ČSSR steht. Die Frage ist nun, ob die Prager Regierung es wagen wird, dem Kardinal die Ausreise zu verweigern.

Verstärkung der atheistischen Propaganda

Die Reaktion der Prager Regierung auf die römischen Ereignisse im Sommer und Herbst des abgelaufenen Jahres waren von auffallender Kürze und nichtssagenden Inhalten. Die beiden Parteiblätter, das *Rudè právo* in Prag und die „*Pravda*“ in Preßburg, brachten nur die kargen Pressemitteilungen der amtlichen ČeTeKa, die anderen Blätter, mit Ausnahme der beiden „katholischen“ Zeitungen, schwiegen.